

# Ärgernisse

## INFOS und Interessantes von der **FWG-Bebelsheim**

### Baumaßnahmen - Steuergelder - Debattenkultur

Derzeit ist die **B 423**, die Lebensader im südlichen Mandelbachtal, eine einzige Baustelle. Fahrbahnerneuerungen und Kanalbaumaßnahmen sind unbestrittene Notwendigkeiten, das steht außer Frage. Regelmäßige Pflege und Ertüchtigung verlängert die Lebensdauer bei gleichzeitigem Erhalt der Qualität. Soweit alles richtig.

Neue Fahrbahnbeläge verführen allerdings auch zur **schnelleren Fahrt** mit dem Auto. Zu beobachten ist dies in Bebelsheim z.B. in der Margarethenstraße und der Straße zum Neuhof. Sie liegen in einer **30er-Zone**, die durch ein viel zu hoch hängendes, in einer Kurve und zwischen Bäumen verstecktes kleines Schild angezeigt wird. Obgleich die Verantwortlichen mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass ein weiteres Schild innerhalb dieser 30er-Zone das anzeigt, man fahre der Kinder wegen freiwillig 30 km/h soviel Sinn mache wie der Hinweis, dass gegen Abend mit einsetzender Dunkelheit zu rechnen sei, hängt das Schild noch immer an der Kirchenmauer. Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Verkehrsschildern erzeugt ein Verkehrsschild in Wittersheim, das ca. 50 m vor dem Ortsausgangsschild in Richtung Bebelsheim, die Geschwindigkeit auf 50 km/h beschränkt - innerhalb der geschlossenen Ortschaft wohlgemerkt! In beiden Fällen kann man getrost von einem **Schildbürgerstreich** sprechen. Und solange 30er-Zonen nicht optisch unübersehbar z.B. auf den Straßen markiert sind, werden sie missachtet.

Das dritte Ärgernis findet derzeit **zwischen Bebelsheim und Habkirchen** statt. Die angekündigte Bauzeit und damit Einschränkung bei der Benutzung der B 423 als Einbahnstraße galt vorbehaltlich der Witterung. Die spielte mit, nicht aber der Untergrund. Dass die Risse in der talseitigen Fahrbahn, die ja durch Geländeauftrag entstanden ist, sichtbares Indiz für Defizite in der Qualität des Untergrundes und nicht nur des gebundenen Oberbaus (Schwarzdecke) waren, bedurfte keiner Spezialkenntnisse. Nicht so, wenn die öffentlichen Hand Steuergelder verbaut. Wenn auf der halben Länge zwischen Bebelsheim und Habkirchen **Tragfähigkeitsprobleme erst während des Bauens** vorgefunden werden, ist das ein Hinweis für unterlassene Sorgfalt bei der Planung. Das Geld, das bei der Planung gespart wurde, fließt mit einem riesigen Multiplikator in die Kassen der Baufirmen - dann natürlich völlig zurecht.

Dem Bürger wird die Verlängerung der Bauzeit mitgeteilt und der Untergrund, den man offensichtlich im Voraus nicht oder nicht sorgfältig genug erkundet hatte, als Übeltäter genannt. Nicht genannt indes werden die Mehrkosten. Hier wird der Steuerzahler zur Kasse gebeten, der Verursacher indes kommt ungeschoren davon.

Ähnliches durften die Bebelsheimer bei den **Kanalbaumahnen in drei Straßen** erleben. Doppelte Bauzeit = doppelte Beeinträchtigung durch Lärm, Schmutz und eine Baustellenbeschilderung, die ihren Namen nicht verdiente. Ganz zu schweigen von den Kosten. Die Maßnahme ist auch nach 2 Jahren immer noch nicht abgeschlossen. Natürlich türmen sich auch hier **Nachträge** auf, *ungeklärte Schadensregulierungen, juristische Auseinandersetzungen, z weifelhafte Planung*, ebenso *zweifelhafte Umleitungen* mit der Folge weiterer Schäden etc.. Am Ende ein **Fiasco für die Beitragszahler?**

Die **Fraktion der Freien Wähler** im Gemeinderat Mandelbachtal beantragten aus diesem Grunde **Einblick in die Plan- und Vertragsunterlagen**. Das **Veto sowohl der CDU- als auch der SPD-Fraktion** im Gemeinderat hierzu ist aus Sicht der FWG-Fraktion einer **Arbeitsverweigerung** und **Pflichtverletzung** gleichzusetzen. Die Vergabe von Bauleistungen und die Diskussionen um z.T. horrender Nachforderungen, also die Ver(sch)wendung von Steuergeldern, erfolgen stets im Verborgenen. Nichtöffentliche Sitzungen, z.B. Ausschusssitzung, sind der ideale Ort, Unliebsames, Wiederwahlschädliches der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Geht es gegen die **einzig wirksame Opposition** im Gemeinderat Mandelbachtal, also gegen die **Fraktion der Freien Wähler**, bedient sich die dann rasch revitalisierte Große Koalition stets ihrer Machtmittel und verlagert unliebsame Information für die Bürgerinnen und Bürger in nichtöffentliche Ausschüsse oder würgt Diskussionen einfach ab. Kommunalpolitische Kultur und Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sehen sicherlich anders aus.